

Die Sitzung war erneut sehr produktiv und das nicht im Sinne von *business as usual*. Auch wenn die Stimmung anders als in der sehr harmonischen letzten Sitzung von teilweise emotionalen Diskussionen, die auch schon einmal unangenehm werden konnten, geprägt war, gelang es dem nicht ganz so stark erschienen* aber aus allen parlamentarischen Listen zusammengesetzten Plenum nicht nur eine neue Satzung der Studierendenschaft, sondern auch noch sowohl neue Ordnungen für Finanzen, Veranstaltungen und Reisekosten als auch den Nachtragshaushalt zu verabschieden.

Dabei handelte es sich bei der neuen Satzung keineswegs um eine geliftete Version der alten Satzung - im Gegenteil: Neu ist zum Beispiel die Verankerung für die Gründung von Fachschaften. So wird eine Fachschaft Lehramt erstmals explizit beschrieben. Dazu können Studierende eines Faches eine Fachschaft dieses Faches gründen – bisher waren die Fachschaften strikt die Studierenden eines Fachbereiches. Und auch die klare Festlegung des Stimmrechts autonomer Referate im AStA fehlt nicht: Die autonomen Referate werden in Bezug auf das Stimmrecht genauso behandelt wie die anderen Referate.

Ähnliches gilt auch für die Finanzordnung, sie beinhaltet gleich drei große Neuerungen.

1. Es wird nunmehr Pflicht der Finanzreferent(inn)en am Ende eines Haushaltsjahres eine Bilanz bzw. eine Soll-Ist-Rechnung gemäß der Empfehlung des Instituts der Wirtschaftsprüfer Deutschlands vorzulegen: Sie müssen klar sagen, was sie hatten und was sie ausgegeben haben – der Bericht muss auch die Rücklagen enthalten, sodass nicht wieder unbemerkt an einer Wohnbaugesellschaft Beteiligung bestehen oder in Fonds investiert werden kann.
2. Für die Fachschaften wird ein unantastbarer Sockelbetrag für ihren Jahreshaushalt in Höhe von 500€ festgelegt, darüber hinaus wird die Mobilisierungsfähigkeit einer Fachschaft positiv einbezogen: Für jeden abgegebenen Wahlzettel ihres Faches bei der letzten Uni-Wahl kommt ein Euro auf den Sockelbetrag oben drauf. Ungeachtet dessen kann jede Fachschaft weiterhin wie gewohnt im StuPa ihren Haushaltsansatz einreichen.
3. Anders als bisher werden Verluste einer von der Fachschaft veranstalteten Feier nicht von ihrem Haushalt abgezogen.

In dieser Version findet sich erstmals auch ein Abschnitt, der explizit darüber aufklärt, dass eigenmächtige Konten in Fachschaftshand illegal sind und dass man dem AStA solche melden soll, sofern man davon erfährt, damit das Vermögen durch den Finanzreferenten in legales Vermögen überführt werden kann.

Und man sollte sich auch die Auswirkungen der Verabschiedung einer neuen Satzung auf der Zunge zergehen lassen: Wenn das Präsidium der JLU der Satzung zustimmen wird, so wird die von der CDU Landesregierung vor einigen Jahren erlassene 25%-Hürde bei der Wahlbeteiligung abgeschafft! Bisher musste die Studierendenschaft im Fall einer Wahlbeteiligung unter 25% finanzielle Einbußen hinnehmen, die auch hätten drastisch ausfallen können. Diese Daumenschraube wäre dann gelöst.

Über den Nachtragshaushalt gibt es zu sagen, dass er sich im Vergleich mit denen der Vorjahre vor allem dadurch hervorhebt, dass er eine neue Gliederung und Übersichtlichkeit aufweist. Darüber hinaus entdeckt man, dass die Gagen für Künstler diesmal ausgekoppelt wurden. # Des Weiteren findet man die Musikanlage und die Pavillons als hochwertige und langlebige Investitionen. Nicht zu vergessen, dass der Posten erwarteter Rechtskosten gewachsen ist, weil noch einige Rechtsfragen offen sind. [Ein Beispiel: Entgegen der im Rahmen des Streiks erreichten Einigung mit der zentralen

*: 26 von 31 Abgeordneten waren anwesend.

#: Ein entscheidender Prozess der Studierendenschaft (gegen die Künstlersozialkasse) vor dem Sozialgericht wurde verloren: In kompletter Verdrehung der Tatsachen konnte die Künstlersozialkasse geltend machen, dass die Gießener Studierendenschaft ein wirtschaftlicher Eigenbetrieb sei und nur Künstler engagiere um mehr Bier zu verkaufen.

Verwaltung, die Anwesenheitspflichten zu lockern, hatte sich der FBR 02 nicht in der Sitzung mit dem Thema befasst, um unmittelbar danach per Email-Umlaufbeschluss zu härtest möglichen Regelungen zurückzukehren. Bei der Beschlussfassung waren studentische Amtsträger bewusst komplett außen vor gelassen worden. [...] Zur Klärung dieser Vorgehensweise wurde ein Rechtsgutachten zum Umlaufbeschluss eingeholt. Mindestens drei weitere Anliegen werden außerdem noch verfolgt, unter anderem die Prüfung der Gültigkeit spezieller Ordnungen.]

Die neue Fahrkostenordnung berichtigte vor allem die seit Jahren nicht geschehene Anpassung der Kilometerpauschale an aktuelle Kraftstoffpreise.

Die wesentliche Änderung der Veranstaltungsordnung besagt, dass eine Fachschaft vor Veranstaltung einer Feier festlegen muss, welches Maß an Freigetränken ausgegeben werden wird um unkontrollierter Ausgabe entgegenzuwirken.

Anträge

Der überarbeitete Antrag zur Erstellung einer neuen, barrierefreien Seite für den AstA wurde mit einem Rahmen von 1500 € beschlossen. Es wurde eingeräumt, dass die Ausschreibung breiter hätte erfolgen können und dass die ursprünglichen 2000 € viel Geld seien, dass andererseits aber beachtet werden müsse, dass die Anforderungen an die Seite durchaus umfangreich seien, allein durch die geplante Barrierefreiheit. Man habe aber den Webdesigner, der die empfehlenswerte Seite der FH gestaltet habe, dafür gewinnen können.

Dann wurde noch eine Resolution gegen die Entscheidung des Bundesrates, eine Erhöhung der BAföG-Sätze für Studierende in Deutschland abzulehnen, verabschiedet. Sie fordert eine angemessene Erhöhung der BAföG-Sätze von den LändervertreterInnen. Antragsteller waren in diesem Fall alle Listen gemeinsam.

Veranstaltungen

Um künftig die Zusammenarbeit zwischen Schülern und Studierenden zu verbessern und das „aneinander-vorbei-Demonstrieren“ zu vermeiden wurde ein Mitglied des Stadtschülerrats (SSR) als Sachbearbeiter für den AstA eingestellt.

Zusammen mit dem SSR sollen durch den Sommer verschiedene Workshops veranstaltet und am Bildungsstreik teilgenommen werden. Dazu wurde auch schon ein Budget beschlossen.

Zur „*global week of action*“ im November wird eine Bologna-Woche stattfinden, die auch in den Monitoring-Prozess eingebunden werden soll.

Weiterhin wird es eine „Woche der aufgeschobenen Hausarbeiten“ geben – in der Art eines Mentorenprogramms sollen Studierende Unterstützung in Form von Korrekturlesen usw. erhalten.

Das Referat für Öffentlichkeit und Transparenz kündigte für das Wintersemester eine Veranstaltung zu Open Source an.

*: 26 von 31 Abgeordneten waren anwesend.

#: Ein entscheidender Prozess der Studierendenschaft (gegen die Künstlersozialkasse) vor dem Sozialgericht wurde verloren: In kompletter Verdrehung der Tatsachen konnte die Künstlersozialkasse geltend machen, dass die Gießener Studierendenschaft ein wirtschaftlicher Eigenbetrieb sei und nur Künstler engagiere um mehr Bier zu verkaufen.

Auch das Referat für Antifaschismus gab an, dass Planungstätigkeiten für das Wintersemester im Gange seien.

Nicht zuletzt sei hier auf die für Anfang des Wintersemesters vorgesehene Vollversammlung der Studierenden hingewiesen.

Unter Sonstiges fiel einzig die Ankündigung, dass die nächste Sitzung am dritten November stattfinden werde. Bis dahin verabschiedet sich das Parlament mit einer ganzen Reihe handfester Erfolge im Handgepäck in die Sommerpause.

*: 26 von 31 Abgeordneten waren anwesend.

#: Ein entscheidender Prozess der Studierendenschaft (gegen die Künstlersozialkasse) vor dem Sozialgericht wurde verloren: In kompletter Verdrehung der Tatsachen konnte die Künstlersozialkasse geltend machen, dass die Gießener Studierendenschaft ein wirtschaftlicher Eigenbetrieb sei und nur Künstler engagiere um mehr Bier zu verkaufen.